Anfragen

1. Es lagen zwei Anfragen vor:

Drucksachen Nr.: 06/0424, Anfrage der CDU-Fraktion vom 26.10.2006, Soziale Frühwarnsysteme zur Unterstützung vernachlässigter Kinder und der Familien

Drucksachen Nr.: 06/04425, Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.10.2006, Familienberatung des Kinderschutzbundes; Gefährdung des Angebotes der Anlauf und Beratungsstelle gegen Misshandlung, Vernachlässigung und sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen

Zu den vg. Anfragen teilte Herr Lehmacher mit, dass diese in die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses fallen und seitens der Verwaltung beabsichtigt ist, aufgrund der beiden Anfragen und des Schreibens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.10.2006 zum Thema Gewalt gegen Kinder / Misshandlung von Kindern in Familien in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen entsprechenden Tagesordnungspunkt vorzusehen und dort die Angelegenheit umfassend zu erörtern. Nach einer kurzen Diskussion erklärten sich die anwesenden Ausschussmitglieder mit diesem Vorschlag einverstanden.

Frau Leitterstorf zitierte einen Zeitungsartikel des ehemaligen Jugendamtsleiters Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann zum Thema „Kindeswohl nach Kassenlage“. Es wurde vereinbart, dass sich die aus dem Artikel ergebenden Fragen ebenfalls im Jugendhilfeausschuss beraten werden sollen.

Die Vorsitzende bat die Verwaltung in einer der folgenden Ausschusssitzungen einen Bericht zum Thema „Situation der Familienzentren in Sankt Augustin“ darzustellen.

Die Verwaltung sagte einen entsprechenden Bericht zu dieser Problematik zu.

2.

Mitteilungen

Herr Parpart verteilte zunächst ein aktuelles Organigramm, aus dem die Ansprechpartner der verschiedenen Aufgabenbereiche des Fachbereiches Soziales und Wohnen ersichtlich sind.

Weiterhin informierte Herr Parpart den Ausschuss über die erfreuliche Tatsache, dass am 07.11.2006 unter der Trägerschaft des SKM die Sankt Augustiner Tafel in den Räumen der kath. Kirchengemeinde Mülldorf, Pfarrweg 9, jeweils Dientags und Mittwochs in der Zeit von 14.30 Uhr bis 16.00 Uhr wieder geöffnet hat. Die Lebensmittel werden im hinteren Teil des Gebäudes an Bedürftige ausgegeben. Um die Lebensmittel beziehen zu können benötigen Bedürftige eine Haushaltsbescheinigung des städtischen Bürgerservice und einen Nachweis bzgl. der Bedürftigkeit. Kopien der jeweiligen Einkommensnachweise reichen regelmäßig als Nachweis aus (z.B. Sozialhilfebescheid bzw. SGB II-Bescheid).

Abschließend teilte Herr Parpart mit, dass in letzter Zeit vermehrt Anrufe bei den Fraktionen zum Thema „Wegfall der Lernmittelfreiheit“ bei Sozialleistungsbeziehern und „Begleichung der Essenkosten in Ganztageseinrichtungen“ gegeben hat.

Unter Hinweis auf die Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses vom 27.09.06 informierte Herr Parpart darüber, dass es bereits ein erstes Treffen der beteiligten Fachbereiche Kinder, Jugend und Schule, Soziales und Wohnen und Finanzen gegeben habe. Hiernach erfolgt eine Fallzahlenermittlung der betreffenden Fälle, um feststellen zu können, ob die Problemfälle sich aus den SGB II-Beziehern ergeben oder nicht. Diese Vorarbeiten dienen der Vorbereitung des „Hearings“ und letztendlichen Umsetzung des Beschlusses vom 27.09.2006.

Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration hat die Anfragen und Mitteilungen

zur Kenntnis genommen

Um 20.30 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.